



JULI 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im Juli 2025 erreichten laut Zählungen von *borderline-europe* 6.490 Menschen Italien auf dem Seeweg. Davon kamen 5.531 Personen (85%) auf Sizilien, vor allem auf Lampedusa, an. In diesem Monat zählten wir vier Überfahrten nach Italien über die ionische Route. In zwei Fällen wissen wir sicher, dass die Boote mit insgesamt 166 Personen in der Türkei losgefahren sind. Insgesamt kann *borderline-europe* für ca. 72% der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen losfuhren. Der Prozentsatz der Abfahrten aus Libyen liegt mit großer Wahrscheinlichkeit höher. In fast 20 % der Fälle konnten wir den Abfahrtsort nicht nachweisen. Der Anteil der Abfahrten aus Tunesien liegt in diesem Monat bei ca. 7,4 % und ist damit im Vergleich zum Vormonat (7 %) leicht gestiegen.

Die italienischen Behörden brachten nach unseren Zählungen rund 52,2% der Angekommenen (3.385 Personen) an Land, wobei in einem Fall die eigentliche Rettung durch die italienische NGO *ARCI & Sailingfor Blue LAB* erfolgte. Insgesamt wurden 807 Menschen (ca. 12,4 %) durch Schiffe der zivilen Seenotrettung gerettet. Gemäß den Daten von *borderline-europe* war Frontex im Juni an der Rettung von 420 Personen beteiligt (6,5 %). Diesen Monat erreichten 364 Menschen (5,6 %) autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. In einigen Fällen (2,3 %) wurden sie nach Erreichen der Territorialgewässer durch Frontex oder die italienische Küstenwache in den sicheren Hafen gezogen. Ende Juni gab es eine Rettung von 97 Personen durch ein Handelsschiff, die 1,5 % der Rettungen ausmachte. Bei 19,5 % der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor. Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Juli 6.487 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat die gleichen Ankunftsdaten belegen.

WEGE NACH EUROPA

EU-Grenzpolitik und die neue Zone der Zusammenarbeit in Ostlibyen

Am 8. Juli versuchte eine offizielle EU-Delegation unter der Leitung von Migrationskommissar Brunner auch Akteure im Osten des Landes in Gespräche zur „Migrationskontrolle“ einzubeziehen. Hintergrund ist die steigende Zahl von Überfahrten nach Italien, insbesondere über die Route aus Ostlibyen. Ziel der „Team Europe“-Mission war es, mit dem ostlibyschen General Khalifa Haftar enger zu kooperieren, um die Ausreisen aus der Region einzudämmen. Da die offiziell anerkannte Regierung in Tripolis sitzt, sollte das Treffen neutral bleiben und keine politische Anerkennung der ostlibyschen Behörden implizieren. Einige europäische Stimmen haben die Mission als Versuch gewertet, dem wachsenden Einfluss Russlands in Haftars Einflussbereich entgegenzuwirken. Konkrete Belege dafür gibt es bislang nicht, sondern nur Theorien, die vor einem möglichen Szenario „hybriden Kriegsführung“ warnen, bei dem Migration gezielt als geopolitisches Druckmittel gegen die EU eingesetzt werden könnte.

Doch das [diplomatische Vorhaben](#) scheiterte: Bei ihrer Ankunft in Bengasi wurde die Delegation abgewiesen und zur sofortigen Ausreise aufgefordert. [Offensichtlich](#) geschah dies, weil sie sich geweigert hatte, das Treffen mit Haftar's Regierungsvertretern öffentlich sichtbar zu machen. Dies hätte einer politischen Anerkennung gleichkommen können, was die EU ausdrücklich vermeiden wollte.

Parallel zu dem gescheiterten EU-Besuch in Bengasi, verschärft sich die Lage für Migrant*innen in Libyen weiter. Mitte Juli meldeten ostlibysche Behörden die [Abschiebung von 700 sudanesischen](#) Migrant*innen. Die Deportationen erfolgten mit Bussen in die Grenzregion zum Sudan – ein Gebiet, das weiterhin massiv von Gewalt, Hunger und Vertreibung betroffen ist. Ostlibysche Behörden präsentierten die Aktion als „Schlag gegen Schleusernetzwerke“, doch sie ist Teil eines [repressiven Migrationsregimes](#), das sich unter dem Vorwand von Sicherheit gegen Schutzsuchende richtet. Ihre Abschiebung in lebensgefährliche Gebiete verletzt nicht nur internationale Standards, sondern zeigt auch, inwiefern die EU bereit sei, solche Maßnahmen durch Kooperation mit den Verantwortlichen [zu legitimieren](#).

Nur wenige Tage später folgte eine große [Razzia im Tripoliser Vorort al-Sabaa](#): Libysche Sicherheitskräfte verhafteten über 1.500 Menschen, größtenteils migrantische Arbeiter*innen *sans Papier*, und brachten sie in überfüllte Haftzentren.

Mit tiefer Trauer berichten wir über zwei Todesfälle, die exemplarisch für das systematische Versagen des internationalen Schutzsystems und die anhaltend dramatische Lage für Migrant*innen in Libyen stehen. [Quftu Abu Wahelow](#), eine 19-jährige äthiopische Geflüchtete im neunten Monat schwanger, wurde von den Institutionen im Stich gelassen, die zu ihrem Schutz verpflichtet gewesen wären. Auch das Schicksal des jungen Sudanesen [Hassan](#), der nach Misshandlungen orientierungslos durch Tripolis irrte und schließlich zu Tode geprügelt wurde, zeigt die brutale Realität. Libyen ist kein sicherer Ort – und dennoch setzen europäische Staaten weiter auf Kooperation mit deren Institutionen.

Auswirkungen der Migrationspolitik in Tunesien

Seit diesem Frühjahr – als die Gewalt gegen Schwarze Menschen auf der Flucht in Tunesien eskalierte – häufen sich die [Berichte](#) von Abschiebungen in die Wüste. Vom Abfangen auf dem Meer über das Aussetzen in der Wüste bis hin zur Abschiebung: Die tunesische Regierung setzt mit Unterstützung europäischer Akteur*innen Praktiken der Abschreckung ein, welche Migrant*innen der unmittelbaren Gefahr des Todes aussetzen. Am [21. Juli](#) haben die tunesischen Behörden sechs Personen – unter ihnen drei Frauen und ein Kind – auf dem Meer abgefangen und in der Wüste in der algerischen Grenzregion ausgesetzt.

Laut [Refugees in Tunisia](#) geschehen diese Verbrechen mit Wissen des UNHCR und des tunesischen Roten Kreuzes. Dementsprechend stellt das tunesische Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES) in einer im Juli veröffentlichten [Studie](#) fest, dass in Tunesien ca. 70 % der undokumentierten Migrant*innen aus Subsahara-Afrika den internationalen Organisationen nicht vertrauen. Die Befragten werfen den Organisationen vor, Kompliz*innen der europäischen Abschottungspolitik zu sein und nicht im ausreichenden Maße humanitäre Hilfe bereitzustellen: 85 % der illegalisierten Migrant*innen in Tunesien – viele von ihnen Frauen und Kinder – haben bisher überhaupt keine Unterstützung durch internationale Organisationen erhalten. Aber die Missstände gehen über fehlende humanitäre Hilfe hinaus: In Tunesien wird jede fünfte Migrant*in bei der Arbeit ausgebeutet, 40 % haben körperliche Gewalt erfahren und 30 % sind traumatisiert. Das FTDES betont, dass es dringend notwendig sei, die Migrationspolitik in Tunesien umfassend zu reformieren und Maßnahmen zu ergreifen, die das Vertrauen in internationale Organisationen wiederherstellen.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 1.970 Interceptions (Pullbacks oder Zurückweisungen auf See) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. Diese Zahl liegt höher im Vergleich zum letzten Monat, als wir 1460 zählten. Im Juni wurden 1900 Menschen nach Libyen, 33 Personen nach Tunesien und 37 nach Ägypten zurückgeschleppt. Wir möchten jedoch betonen, dass jede statistische Erfassung von Push- und Pullbacks, sowie Todesfällen nur eine grobe Schätzung sein kann, die mit Vorsicht zu behandeln ist. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Unsere Zahlen entsprechen ungefähr denen der [IOM](#), welche zwischen dem 29. Juni und 26. Juli 1.717 Interceptions zählte.

[Am 8. Juli](#) verließ ein Boot mit 63 Menschen – darunter Frauen und Kinder – die tunesische Küstenstadt Sfax. Nach zweieinhalb Tagen am See ging dem Boot der Treibstoff aus. Das [Frontex-Flugzeug](#) Sparrow 2 lokalisierte das Boot und alarmierte sowohl die tunesische als auch die italienische Küstenwache. Vor Ort eskalierte die Situation: In Panik sprangen mehrere Personen ins Wasser und versuchten, zum Schiff der italienischen Küstenwache zu schwimmen. Nur 27 Personen schafften es an Bord des italienischen Schiffs und wurden später nach Lampedusa gebracht. Die übrigen 33 Menschen, die auf dem Boot verblieben, wurden von tunesischen Kräften abgefangen und nach Tunesien abgeschoben, unter Beisein der [italienischen Küstenwache](#).

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem vergehenden Monat weiter an. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im Juni 44 Personen ihr Leben auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, 55 Menschen gelten in diesem Monat als vermisst. Das Schicksal von weiteren 38 Personen ist ungewiss. Im Kontext vermisster Personen bezeichnet [„vermisst“](#) in der Regel Menschen, deren Verbleib unbekannt ist, die jedoch erst kürzlich verschwunden sind und bei denen es noch eine realistische Hoffnung gibt, dass sie am Leben sind. Bei der täglichen Arbeit von [borderline-europe](#) verwenden wir den Begriff vor allem für die Menschen, deren Leichname nicht aufzufinden sind. Der Status [„ungewisses Schicksal“](#) verweist dagegen meist auf lang andauernde Abwesenheiten, bei denen völlig unklar ist, ob die Betroffenen überlebt haben. Das kann z.B. Boote betreffen, von denen wir wissen, dass sie abgefahren sind, von denen aber keinerlei weitere Information zu erhalten ist.

ZIVILER WIDERSTAND

Frontex teilte jahrelang unrechtmäßig Daten mit der EU-Polizeibehörde

Laut einer im Juli veröffentlichten Recherche von [Solomon](#) und weiterer Medien hat Frontex von 2016 bis 2023 unrechtmäßig persönliche Informationen von Migrant*innen und Aktivist*innen mit Europol geteilt, die daran anschließend an die Polizeibehörden der Mitgliedstaaten weitergeleitet wurden. Die umstrittene „EU-Agentur für Grenz- und Küstenwache“ (Frontex) hat bis 2023 *alle* erhobenen Daten von über 13.000 Menschen unterschiedslos [weitergegeben](#). Die Informationen wurden bei – laut dem Europäischen Datenschutzbeauftragten nicht immer freiwilligen – Gesprächen mit Neuangekommenen an den EU-Außengrenzen gesammelt, u.a. im Hotspot auf Lampedusa.

Unter den vom Datenmissbrauch Betroffenen finden sich Personen, deren Aktivitäten laut Frontex „illegale Migration begünstigen“ – eine Einschätzung, die auf wenig stichhaltigen Kriterien basiert. Jede Person, die in diesen Gesprächen genannt wird, gilt als „verdächtig“; Somit auch Aktivist*innen wie [Helena Maleno](#), die für ihre Arbeit in der Seenotrettung kriminalisiert wurde: "Mein ganzes Leben stand in dieser Polizeiakte: meine Verwandten, meine Anrufe bei meiner Mutter, sogar falsche Angaben über mein Sexualleben. Sie wollten mich als promiskuitiv und lesbisch darstellen und appellierten an die Moral, um mich verdächtig erscheinen zu lassen."

Richtungsweisende Gerichtsurteile

Am 8. Juli 2025 hat das italienische Verfassungsgericht auf eine Verfassungsbeschwerde gegen das Piantedosi-Dekret reagiert: Die [Beschwerde wurde zurückgewiesen](#) und humanitäre Schiffe bleiben weiterhin von Blockaden durch die italienischen Behörden gefährdet. Doch gleichzeitig verwies das Gericht auf das international geltende Seerecht und die darin enthaltene Pflicht zur Rettung von Menschenleben. Jegliche Anordnungen müssen damit übereinstimmen. Das bedeutet: Die zivile Seenotrettung hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, rechtswidrige Anordnungen der italienischen Behörden zu ignorieren, ohne dafür bestraft zu werden. Diese Entscheidung ist richtungsweisend für zukünftige Klagen der zivilen Seenotrettung, denn die öffentliche Verwaltung und nationale Gerichte müssen sich auf diesen Grundsatz berufen.

[Auch im Cutro-Verfahren gibt es Neuigkeiten](#): Sechs italienische Beamte der Küstenwache und der Zollpolizei wurden wegen fahrlässiger Tötung im Rahmen des dramatischen Schiffsunglücks von Cutro am 26. Februar 2023 offiziell angeklagt und müssen sich ab Januar 2026 vor Gericht verteidigen. Die sechs Angeklagten hätten trotz frühzeitiger Warnungen über das Boot in Seenot die Notlage unterschätzt und unzureichend reagiert, was zu dem Tod von mindestens 94 Menschen und einer bis heute unbekanntem Anzahl von Vermissten führte. Seenotrettungsorganisationen begrüßen die Anklage als einen wichtigen Schritt der Gerechtigkeit für die Opfer von Cutro.

Dramatische Auswirkungen der systematischen Behinderung der zivilen Seenotrettung

In einem [offenen Brief fordern 32 Organisationen das Ende der systematischen Behinderung der zivilen Seenotrettung durch die italienische Regierung](#). Auslöser war die willkürliche Festsetzung der NADIR sowie der Sea-Eye 5 im Juni 2025, die mit dem Piantedosi sowie dem Flussi-Dekret begründet wurden. Anfang Juli wurde die NADIR [erneut festgesetzt](#). Kurze Zeit später wurden auch das Schiff Aurora von Sea-Watch sowie das kleinste Boot der zivilen Seenotrettungsflotte, die Dakini, für jeweils 20 Tage festgesetzt. Der offene Brief macht die fatalen Auswirkungen dieser Festsetzungen deutlich: Seit Februar 2023 gab es 29 Festsetzungen von Schiffen der zivilen Seenotrettungen, welche die Crews dazu zwangen, insgesamt 700 Tage in Häfen zu verbringen, während sie dauerhaft Meldungen von Booten in Seenot hörten, aber nicht zur Rettung ausfahren durften. 822 Tage gingen verloren, weil den Schiffen weit entfernte Häfen zugewiesen wurden. Sie segelten insgesamt 330.000 zusätzliche Kilometer, was der achtfachen Umkreisung der Erde entspricht. Ein aktuelles Beispiel dafür ist eine [Rettung der Ocean Viking Mitte Juli](#): Der Crew wurde nach der Rettung von 16 Personen der über 1.600 km entfernte Hafen von Ravenna zugewiesen, was eine Überfahrt von mehr als vier Tagen bedeutete.

Ende Juli sind zwei Kleinkinder, die nicht einmal ein Jahr alt waren, ertrunken, weil die Behörden trotz einer Meldung des Alarmphones und der Sichtung des in Seenot geratenen Bootes durch die Seabird 2 [keine Rettungsmaßnahmen eingeleitet haben](#). Das Schiff „Aurora“ war nur viereinhalb Stunden entfernt und hätte die Menschen in Seenot rechtzeitig retten können, wenn es nicht von den Behörden im Hafen von Lampedusa festgesetzt worden wäre. Nur wenige Tage später gab es einen ähnlichen Fall, bei dem die „Aurora“ die Menschen in Seenot innerhalb weniger Stunden hätte erreichen können. Glücklicherweise konnte die „NADIR“ der NGO Resqship die Menschen retten, doch auch hier hätte tagelanges Leid verhindert werden können. Bei diesem [tragischen Vorfall](#) ertrank mindestens eine Person, drei weitere werden vermisst und viele der Überlebenden – darunter Kleinkinder – waren in einem äußerst kritischen Gesundheitszustand.

Während seit Anfang 2025 bereits mehr als 800 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, schränken die italienischen Behörden die zivile Seenotrettung immer weiter ein und entscheiden sich aktiv dazu, Menschen in Seenot dem Tod und Leiden zu überlassen.

Zuletzt möchten wir auf den neuen [Halbjahresbericht von Alarmphone](#) verweisen, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde und über die ansteigende Grenzgewalt sowie neue Fluchtrouten übers Mittelmeer informiert.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de